




Benjamin Deinert
(Sozialarbeiter B. A.)

1. Allgemeine Projektinformationen
2. Herausforderungen und Problemstellungen
3. Ausgestaltung der Hilfen
4. Erfolge
5. Ausblick

1. Allgemeine Projektinformationen

1.1 Entstehung, Laufzeit und Ressourcen

- Hintergrund: Überlastung der staatlichen Gemeinschaftsunterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern durch steigende Flüchtlingszahlen
- Projektstart: April 2013
- Voraussichtliche Projektlaufzeit: April 2016
- Finanzierung:  Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
- Personal: 3 hauptamtliche Mitarbeiter mit insg. 44 Wochenstd. (Aufstockung ab 01.04. durch kommunale Zusatzförderung) und 15-20 ehrenamtliche Mitarbeiter

1. Allgemeine Projektinformationen

1.2 Ziele und Zielgruppe

1.2.1 Ziele

- "Mietbefähigung" der Zielgruppe
- Vermittlung von Flüchtlingen in privaten Wohnraum
- Nachhaltige Sicherung des Mietverhältnisses
- Entwicklung eines Handbuchs für die Beratung von wohnungssuchenden Flüchtlingen

1.2.2 Zielgruppe

Wohnungssuchende Flüchtlinge, die im Stadtgebiet Nürnberg in einer Gemeinschaftsunterkunft leben (insg. etwa 2.000 Flüchtlinge in Nbg.; davon ca. 300 Auszugsberechtigte bzw. Fehlbeleger)

2.1 Rechtliche und verwaltungstechnische Vermittlungshemmnisse

- ausländerrechtliche Vorgaben → Wohnsitzauflage (vgl. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 12 AufenthG)
- trotz Sozialleistungsbezug und Bedürftigkeit kein Zugang zu sozialem bzw. öffentlich gefördertem Wohnungsbau für Asylsuchende und Geduldete (gem. Art. 14 Abs. 2 BayWoFG muss der Lebensmittelpunkt auf Dauer in Dtl. sein)
- Mietobergrenze
- Teilweise lange Prüfdauer der Mietkostenübernahme bei den Leistungsträgern

2. Herausforderungen und Problemstellungen

2.2 vermittlungshemmende personenbezogene Merkmale der Zielgruppe

- Sprachbarriere: eingeschränkte Möglichkeiten der aktiven selbstständigen Wohnungssuche
- Informationsdefizite (u. a. fehlende Kenntnisse über Möglichkeiten der Wohnungssuche, häufig fehlende Erfahrungen als Akteur auf dem (deutschen) Wohnungsmarkt)

2.3 (subjektive) Ängste und Vorbehalte der Vermieter

- Sozialleistungsbezug und assoziierte negative Zuschreibungen
- kulturbezogene negative Zuschreibungen
- Angst, die Mieter durch Abschiebung zu verlieren
- Sprachbarriere (Vorbehalte von Vermieterseite bzgl. Regelungskompetenz geschäftlicher Angelegenheiten)
- Diskriminierung von Menschen mit Migrationserfahrung

3.1 Methodisch

- Einzelfallberatung
- Ehrenamtsarbeit
- Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit: Gewinnung potentieller Vermieter und neuer ehrenamtlicher Mitarbeiter u. a. durch Kontaktherstellung mit Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, Streuung der Projektinformationen in Kirchen- und Moscheegemeinden, Homepage, Flyer, Pressearbeit etc.; Zusammenarbeit mit evangelischen und katholischen Jugendverbänden in Nbg.

3. Hilfen

3.2 Inhaltlich

- Vermittlung relevanter Informationen und Entwicklung einer realistischen Vorstellung von den eigenen Möglichkeiten auf dem Mietmarkt
- Begleitung und Unterstützung der Wohnungssuchenden durch hauptamtliche und geschulte ehrenamtliche MitarbeiterInnen u. a. in folgenden Bereichen:
 - Recherche passender Wohnungsangebote
 - Begleitung zu Wohnungsbesichtigungen
 - Erstgespräche mit Vermietern
 - Wahrnehmung einer Kulturmittlerfunktion zwischen Vermieter und Wohnungssuchenden
 - Organisation und Durchführung des Umzugs
 - Regelung bürokratischer Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Umzug

- Seit dem Projektstart konnten ca.100 Personen in Privatwohnungen vermittelt werden.
- Gute Zusammenarbeit insbesondere mit WBG aber auch Joseph-Stiftung und Siedlungswerk sowie den kirchlichen Jugendverbänden

- Abschaffung der Wohnpflicht in einer Gemeinschaftsunterkunft
- Abschaffung der Wohnsitzauflage für alle Flüchtlinge
- Anpassung und flexiblere Handhabung der Mietobergrenzen
- Wohnungsvermittlung und Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum auch für Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus
- Schaffung von mehr (öffentlich gefördertem) Wohnraum
- Kooperationsverträge mit den Wohnungsbaugesellschaften und der privaten Immobilienwirtschaft über die Bereitstellung eines Wohnungskontingents für Flüchtlinge
- Beschleunigung der Prüfverfahren bei Sozialleistungsträgern und der zuständigen Regierungsstelle, z. B. durch Ausstellung von "Mietübernahmescheinen"

Vielen Dank!